einst auseinanderklaffende Preisschere hat sich geschlossen. Eins der wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsmittel, der künstliche Dünger, hat sich gegenüber den Friedenspreisen nicht unwesentlich verbilligt.

Die Wissenschaft folgert deshalb, daß der beste Schutz für die Landwirtschaft eine Verbilligung ihrer Produktionsmittel ist. Ein Weg zu diesem Ziel ist der Abbau von Industriezöllen, wo solche nicht unbedingt notwendig sind. Dieser Weg ist auch noch aus zwei weiteren Gründen zu beschreiten. Die Annahme der Mindestzölle auf Getreide ist parlamentarisch-politisch nicht möglich nach der jetzigen Kräfteverteilung im Reichstag. Deshalb ist die Resolution des brandenburgischen Reichslandbundes vom volkswirtschaftlichen Standpunkt zu beachten: es sollen nach dieser Resolution für den Fall, daß die Zölle der Regierungsvorlage keine Annahme finden, die Industriezölle, und besonders die für industrielle Rohmaterialien, abgebaut werden. Diese Resolution zeigt aber auch weiter, daß das Schmoller-Zitat nicht Recht zu behalten braucht, sobald sich Interessenvertreter zu einer volkswirtschaftlichen Einsicht aufschwingen können.

Zunahme der britenfeindlichen Stimmung in China.

Schanghai, 13. 7. Eine drahtlose Meldung aus Tschangscha besagt, daß die dortigen chinesischen Behörden den Schutz der Fremden erneut zugesichert hätten. Nach Berichten aus Tschunking sorgt der Zivilgouverneur nach wie vor für die Verpflegung der Mannschaft der Kanonenboote. Reuter berichtet, daß Schritte zur Wiedererlangung der den britischen Kaufleuten geraubten Waren bisher noch nicht unternommen worden seien. Zahlreiche Agitatoren zerstreuten sich, nach einem weiteren Reutertelegramm, von Kanton aus über die Küste, namentlich die Häfen und trügen die britenfeindliche Stimmung in die Bevölkerung.

Wie Reuter aus Hankau erfährt, hat die chinesische Handelskammer dort beschlossen, finanzielle Maßnahmen gegen die britischen Banken zu treffen. Ferner soll die Kammer beschlossen haben, die Handelsbeziehungen zu englischen Firmen abzubrechen und die in britischen Geschäften angestellten Chinesen zum Ausscheiden aus ihren Stellungen zu veranlassen. Nach einem Reutertelegramm aus Tschangscha traten dort die Kulis am 10. Juli in den Streik. Man befürchtet, daß am 14. Juli ein allgemeiner Streik ausbrechen würde.

Verluste bei der Schießerei von Kanton.

Auf eine Anfrage betreffend die Zahl der chinesischen Verluste, sowie diejenigen der Ausländer bei der kürzlichen Schießerei in Kanton erwiderte Chamberlain: Die chinesischen Verluste belaufen sich auf etwa 80 Tote und 70 Verwundete. Es ist indessen möglich, daß die Zahl größer ist. Die Ausländer hatten, soweit bekannt, 1 Toten (Franzosen) zu verzeichnen. 4 Engländer und 1 Franzose wurden verwundet. Auf eine Anfrage, ob die Propagandaklausel im englisch-russischen Handelsabkommen von der Sowjetregierung loyal durchgeführt werde, erwiderte Chamberlain, er könne nicht sagen, daß das Abkommen nach seiner Ansicht loyal beobachtet worden sei.

Ungefähr 40 ausländische Flüchtlinge aus Honan sind in Peking eingetroffen. Die meisten sind Beamte des Pekinger Bergwerkssyndikats, wo 2000 Bergarbeiter und Angestellte der Ausländer in der letzten Woche die Arbeit eingestellt haben.

Ein Wiener Sonderzug von Italienern angehalten.

Wie der „Abend" meldet, wurde am Sonnabend ein Sonderzug des sozialdemokratischen Vereins Naturfreunde mit 650 Teilnehmern auf der Fahrt nach Innichen in Sillian angehalten, da die Italiener erklärten, geschlossene Züge nicht durchlassen zu können. Selbst 200 Reisende, die Einreisevermerke besaßen, wurden nicht durchgelassen.

Errichtung eines Tabakfreilagers in Wien.

Wie die „Neue Freie Presse" erfährt, laufen gegenwärtig Verhandlungen wegen Errichtung eines Freilagers für Tabak in Wien. An dieser Transaktion werden sich die Banca Commerciale in Triest und die Tabakgesellschaft der Unionbank beteiligen.

Aus Stadt und Land.

Aue, den 14. Juli 1925.

Die Finanzlage der Sächsischen Gemeinden.

Vom Sächsischen Gemeindetag wird uns geschrieben: Die Notwendigkeit, noch vor den Mitte Juli in Aussicht genommenen Reichstagsferien die seit langem behandelten großen Finanzgesetze des Reiches möglichst zu fördern, hat in den letzten Tagen zu Verhandlungen in den Reichstagsausschüssen, namentlich über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden geführt, welche die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit besonders erregt haben. Es sind dabei Beschlüsse gefaßt worden, die für die Länder wie für die Gemeinden in gleicher Weise überraschend und schwerwiegend waren. Da bei dem Finanzausgleich stets auf der einen Seite das Reich, auf der anderen Seite die Länder und Gemeinden stehen, haben vor allem die Finanzminister der einzelnen Länder gegen die Absichten der Reichsregierung in teilweise sehr scharfer Form opponiert und damit zugleich im Namen der Gemeinden der einzelnen Länder gesprochen.

Diese Verhandlungen sind jedoch der Anlaß gewesen, daß in den Tageszeitungen der deutschen Presse, namentlich von den Vertretungen der Industrie und des Handels, erneut Angriffe gegen die Gemeinden gemacht worden sind, die sich immer wieder in den seit Monaten eingeschlagenen, von den Vertretungen der Gemeinden als unrichtig nachgewiesenen Bahnen bewegen, daß die Gemeinden nämlich im Gelde schwimmen. Insbesondere ist ein Aufsatz, der in der Zeitschrift „Sächsische Industrie" vom 28. März d. J. unter der Ueberschrift „Zur kommunalen Finanzpolitik" veröffentlicht worden, der geeignet ist, falsche Anschauungen auf diesem Gebiete hervorzurufen. In den gleichen Bahnen bewegt sich übrigens ein Aufsatz, der im Börsen- und Handelsteil der „Dresdner Nachrichten" vom 8. Juli d. J. abgedruckt ist. In beiden Veröffentlichungen werden immer wieder einzelne Gemeinden herausgegriffen, deren Verhältnisse Anlaß zu Beanstandungen geben, wobei regelmäßig auf die Verhältnisse der rheinisch-westfälischen Gemeinden oder solcher des besetzten Gebietes hingewiesen wird. In dem Aufsatz der „Sächsischen Industrie" wird beispielsweise auf die Verhältnisse vom Amt Blankenstein, der Gemeinden Westerholt, Weitmar, Wellinghowen, Baumbeuer, der Städte Oberhausen, Gladbeck, Buer usw Bezug genommen. Der Sächsische Gemeindetag hat sich auf Grund dieses Aufsatzes an die dort erwähnten Städte und Landgemeinden gewendet und unter Angabe von Zahlenunterlagen die Unrichtigkeit der Angaben mitgeteilt erhalten.

Dabei soll gar nicht verkannt werden, daß zunächst einmal die Verhältnisse des Jahres 1924, soweit jetzt die Abschlüsse vorliegen, für die Gemeinden besser gewesen sind, als ursprünglich angenommen werden mußte. Da das Reich im Jahre 1924 nach Angabe des Reichsfinanzministeriums rund 2 Milliarden Mark Steuern mehr eingenommen hat, als der Voranschlag erwartete, ist es nun natürlich, daß auch die Gemeinden im Laufe des Jahres erfreulicherweise größere Eingänge durch die Ueberweisungen des Reiches gehabt haben, als sie ursprünglich erwarten durften. Dabei ist zu bedenken, daß es sich um das erste Jahr nach der Inflation handelt und auch die Gemeinden das Jahr mit leeren Kassen eröffneten. Wenn eine gewisse Flüssigkeit der Kassen im Laufe dieses Jahres ihnen ermöglichte, sich Aufgaben zuzuwenden, die während der Kriegs- und Inflationsjahre zurückgestellt werden mußten, so liegt das nur im Interesse der Allgemeinheit. Aber schon das Jahr 1925 wird die Verhältnisse wesentlich ungünstiger gestalten. Die Haushaltpläne der meisten sächsischen Gemeinden weisen für das Jahr 1925 bedenkliche Fehlbeträge auf, ein Vorgang, der nach der letzten Etatberatung im Landtage auch beim Staate sich für 1925 zeigt.

Im übrigen muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die ungleiche Lage der sächsischen Gemeinden, von denen sich unbestrittenermaßen einige wenige in günstigeren Verhältnissen befinden, zurückzuführen ist auf die fehlerhafte Veranlagung des Jahres 1922, die noch immer die Grundlage für den Verteilungsschlüssel der einzelnen Gemeinden an Reichsüberweisungssteuern bildet. Das Jahr 1922 brachte in seinem Verlaufe bereits die stärksten Veränderungen unserer Währung. Es ist klar, daß deshalb die Veranlagung dieses Jahr je nachdem, ob ein Betrieb sein Geschäftsjahr am 1. April oder 1. Oktober schloß, ganz ungleiche und unbillige Ergebnisse zeitigen mußte. Diese wirken sich in den einzelnen Gemeinden ganz besonders stark aus und bringen das Mißverhältnis zwischen besser gestellten und ungünstiger gestellten Gemeinden um so schärfer in die Erscheinung. Da aber bei den Angriffen, die aus der Industrie erfolgen, immer nur die Verhältnisse dieser einzelnen besser gestellten Gemeinden betrachtet werden, ergibt sich das völlig schiefe und falsche Bild, das in solchen Veröffentlichungen immer wieder hervortritt. Es gibt Gemeinden, wie z. B. Oelsnitz i. Erzgeb., die tatsächlich ohne Hilfe des Staates nicht mehr bestehen können. Der vom Ministerium des Innern verwaltete Lastenausgleichsstock, dem Vertreter der Ministerien, des Landtages und des Sächsischen Gemeindetages angehören, prüft die Hilfegesuche einzelner Gemeinden in der genauesten Weise, unter Umständen an Ort und Stelle, und hat sich dabei wiederholt überzeugen müssen, daß Sonderzuwendungen an diese Gemeinden unerläßlich sind, weil die Gemeinden sonst nicht einmal ihre Rechnungen an die Handwerker, Gewerbetreibenden usw. bezahlen können.

Außerdem haben sich die Aufgaben für die Gemeinden gegen früher ganz außerordentlich verschoben. Dies gilt namentlich für das Gebiet der Wohlfahrtspflege. Wenn beispielsweise die Ausgaben des Wohlfahrtsamtes der Stadt Werdau im Jahre 1915 nur 65000 M., 1924 aber 500000 Mark betrugen, in Schwarzenberg 1910 3000 Mark, 1924 aber 110000 Mark betrugen, so beweisen diese wenigen Beispiele schon, wie schwer diese Gemeinden mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ueberweisungssteuern arbeiten können.

Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß vor dem Kriege die Sparkassen aller sächsischen Städte und Landgemeinden recht beträchtliche Ueberschüsse abwarfen, die jetzt vollständig wegfallen. Der Vorstand des sächsischen Gemeindetages hat gerade in einer erst am 4. Juli d. J. stattgefundenen Sitzung die Lage der sächsischen Gemeinden erneut mit großer Besorgnis betrachtet. Die Jahre 1925 und 1926 werden der finanziellen Selbständigkeit der Gemeinden noch schwere Sorge bereiten. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß ein Gesetzentwurf über ein neues Einkommensteuergesetz dem Steuerausschuß des Reiches vorliegt, der einen ermäßigten Tarif vorsieht, daß ferner der einkommensteuerfreie Lohn- und Gehaltsanteil von 60 auf 80 Mark monatlich erhöht worden ist und dadurch weitere Ausfälle an Einnahmen für die Gemeinden eintreten.

Solange daher die Gemeinden nicht durch Gewährung des selbständigen Zuschlagsrechts freier gestellt werden, bleiben für jeden, der die Lage ohne Vorurteile betrachtet, die Verhältnisse der Gemeinden in finanzieller Beziehung sehr ernst.

Konzertausfall. Das sonst jeden Mittwoch stattfindende Konzert im Schützenhausgarten fällt am morgigen Mittwoch wegen des Schützenfestes aus.

Abschlag der Fernschnellzugspreise. Vom 18. dieses Monats ab ist für die Benutzung von Fernschnellzügen (FD-Zügen) neben dem gewöhnlichen Schnellzugspreis nur noch ein fester Zuschlag von 6 RM in erster und 3 RM in zweiter Klasse gegen bisher 12 RM und 6 RM zu zahlen; es tritt mithin bei Reisen bis zu 150 Kilometer eine Verbilligung um 4 bezw. 2 RM in erster und 2 RM und 1 RM in zweiter Klasse ein.

Kein Preisaufdruck auf Fahrkarten. Ein Antrag eines großen Wirtschaftsverbandes, auf alle Eisenbahnfahrkarten wieder die Preise aufzudrucken, ist von der Reichsbahn abge-

Schulbeginn und Lesen.

Von Prof Dr. Johannes Kühnel in Leipzig.

Wer selbst lange genug in der Elementarklasse gestanden und mit offenen Augen gesehen hat, wie die Mehrzahl der Kinder zu den schulischen Anforderungen und Notwendigkeiten sich verhält, der wird durch diese seine Erfahrung zum Vertreter des Gedankens, daß die meisten Kinder mit sechs Jahren noch nicht schulreif sind, daß also unsere ganze öffentliche Erziehung schon den Schuleintritt verfrüht. Und die Natur selbst zeigt uns am kindlichen Körper den richtigen Entwicklungsabschnitt, da mit sieben Jahren etwa der Zahnwechsel erfolgt und bis dahin auch das Gehirn wächst.

So wäre also durch die praktische Erfahrung es geboten und zugleich wissenschaftlich begründet, wenn wir die Kinder erst nach dem vollendeten siebenten Jahre zur Schule schicken würden. Unter einer Voraussetzung allerdings: in der Zeit vorher dürfte außer dem Elternhaus nicht die Erziehung der Gasse allein in Betracht kommen; denn diese Jahre sind bedeutungsvoll, sie wollen ausgenutzt sein. Darum müßten die Kinder vor ihrer Schulpflicht dem Kindergarten zugeführt werden, der sich allerdings freizuhalten hätte von allem schulmäßigen Lernen.

Auf diese Art würden die Schulforderungen an unsere Kinder erst in einem Alter herantreten, da sie sich in jeder Beziehung weiter entwickelt haben, da sie insbesondere auch ihre Sinne und Hände besser zu gebrauchen wissen, da sie sogar schon im Umgang mit anderen und unter feinfühliger erzieherischer Leitung schon ein Stück Selbstbeherrschung sich angeeignet haben.

Von den Schulforderungen, die uns so stark jene Verfrühung zum Bewußtsein bringen, kommt vor allem das Lesen und Schreiben in Betracht. Man darf ohne Uebertreibung behaupten Kein gesundes sechsjähriges Kind verlangt von selbst danach. Wo das so scheint, beruht es überall auf der Einflüsterung der Erwachsenen oder älteren Geschwister usw. Die kennen es ja nicht anders, sie sehen in aller Schularbeit ja nur die Erwerbung von Technik und Wissen.

Nun gewinnt aber heute die Ueberzeugung täglich mehr Boden, daß der Schwerpunkt unserer Arbeit ganz wo anders liegt, nämlich in der Erziehung. Dazu gehört die schon oben erwähnte körperliche Pflege und Bildung, weiter die Sinnesbildung, die Entwicklung der Beobachtung, des Denkens, der sprachlichen, musikalischen, plastischen, zeichnerischen und gymnastischen Darstellung, die Entwicklung der Wahrheits- und Schönheitsgefühle, auch der religiösen, vor allem aber der sittlichen, insbesondere der sozialen Gefühle, ferner die Entwicklung der Zielbewußtheit und Planmäßigkeit alles Tuns, der Voraussicht der Folgen, die Entwicklung eines starken ausdauernden, sich selbst beherrschenden Willens usw.

Treffend drückte den Unterschied von alter und neuer Schulerziehung ein feinsinniger Handelsherr aus, wenn er sagte: „Mit dem Schulwissen meiner Lehrlinge kann ich nichts anfangen, darum gebe ich nicht darauf. Aber wenn ein junger Mann offene Augen hat, anstellig ist, die Lage, den Sinn und den Zweck einer Sache erfaßt, anzupacken weiß und nicht los läßt bis zur Erledigung, so genügt mir das vollkommen was er wissen muß und was er technisch braucht, das lernt er leicht im Betriebe selbst".

Darum stellt sich die heutige Schulerziehung nicht mehr ein auf Gewinnung eines großen Wissens, sondern auf Entwicklung der Kräfte.

Darum treiben wir im ersten Schuljahr nicht mehr Lesen und Schreiben, sondern andere bessere Dinge. Darum verlegen wir Lesen und Schreiben ins zweite Schuljahr und wissen, daß — wenn die Kräfte ausreichend entwickelt sind — diese Fertigkeiten innerhalb zweier oder dreier Monate, gegebenenfalls in noch kürzerer Zeit, erworben werden können.

Darum sollten alle Eltern, die nicht gleichgültig der Gestaltung der öffentlichen Erziehung gegenüberstehen, sondern sie möglichst gut und zweckmäßig wünschen, das ihre dazu beitragen, indem sie der neuen Schule in jeder Weise beistehen. Zunächst nur mit ihrer warmen Teilnahme, die oft genug sich darum kümmert. Aus ihr wird sich dann — ohne Kosten für den einzelnen — alles andere selbst entwickeln.

Pädagogische Kernsprüche.

Es wird in der nächsten Generation „aktuell" werden, daß das tägliche Leben der wahre und der einflußreichste Erzieher ist.

Für die elterliche Erziehung gilt: man braucht sich gar keine besondere Mühe zu geben, durch Ermahnungen oder sonst zu erziehen, man erzieht das Kind durch jede Bewegung, die man macht, und durch jedes Wort, das man spricht, durch jedes moralische Urteil, das man über seine Mitmenschen in Gegenwart des Kindes abgibt. Wir alle, alle Eltern leisten diese Erziehungsarbeit, selbst wenn wir sie nicht leisten wollen, wir leisten sie rein automatisch. Die Familie wirkt durchaus als natürlicher Erziehungsautomat. Und die einzige Erziehungsregel die die Eltern daraus abnehmen können, ist die, daß sie sich immer so benehmen müssen, wie die Kinder glauben, daß die Eltern sich zu benehmen haben. Also die Eltern haben sich so zubenehmen, daß sie dem Ideal ihrer Kinder entsprechen.

Alle Ermahnungen an die Kinder, sich korrekt und adrett zu benehmen, sind gänzlich vergeblich, wenn ihnen die Eltern dieses Benehmen nicht vormachen. Und wenn die Eltern es ihnen vormachen, dann sind die Mahnungen gänzlich überflüssig.

Berthold Otto.

Deutsche Studienfahrten und -Wochen. Eine sinnvolle Verknüpfung geistiger Anregung und körperlicher Erholung stellen die sogenannten „Deutschen Studienfahrten und -Wochen dar. Diese Fahrten und Kunstwochen, die seit einer Reihe von Jahren unter der Leitung des Kunsthistorikers Dr. Hans T. Kroeber (Weimar) veranstaltet werden, erfreuen sich der Teilnahme von Leuten aus allen Teilen Deutschlands. Das soeben erschienene Programm kündigt als 17., 18. und 19. deutsche Studienfahrt eine Dürer-Woche in Nürnberg vom 27. Juli bis 1. August, eine Donaufahrt vom 3. bis 9. August und eine Weimarwoche vom 28. bis 29. August an. Programme verschickt das Weimarhaus in Weimar.

Lienhardt-Festspiele des Harzer Bergtheaters. Zu Ehren des 60jährigen Jubiläums Friedrich Lienhards finden in diesem Sommer die Festspiele des Harzer Bergtheaters statt, deren erster Abend am Sonnabend, den 11. Juli, „Heinrich von Osterdingen" brachte.

Die wissenschaftliche Expedition in Bulgarien beendet. Geheimrat Professor Sauer von der Leipziger Universität hat seine wissenschaftliche Expedition in Bulgarien beendet. In Begleitung des bulgarischen Gelehrten Beschowl ist er von Warna nach Trapezunt abgereist, um sich von dort weiter nach Persien zu begeben, wo er seine wissenschaftlichen Untersuchungen fortsetzen wird.